

Bildung und Arbeitsmarkt – Chancen für die Zukunft

Zagreb, 12. Mai 2015

Dr. Josef Lange, Staatssekretär a. D., Hannover

Einige statistische Vorbemerkungen

Blickt man auf die jüngsten statistischen Erhebungen zu Fragen der Beschäftigung in der EU unter besonderer Berücksichtigung der Jugend, so wird schnell deutlich, dass sich die Lage in Deutschland und Kroatien ganz unterschiedlich darstellt, dass aber die bildungs- politischen Herausforderungen in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt für beide Länder sehr ähnlich sind.

Blickt man auf meine Heimatregion Niedersachsen, so ist dieses deutsche Bundesland von der Fläche her zwar etwas kleiner als Kroatien, hat aber knapp doppelt so viel Einwohner. Wer also wie ich dort zehn Jahre für den Bereich Hochschulen, Wissenschaft und Kultur mitverantwortlich war, kann ermessen, welchen Herausforderungen sich ein Land wie Kroatien gegenüber sieht.

Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union zeigen, dass die Quote der 20- bis 64-jährigen Erwerbstätigen in der Europäischen Union im vergangenen Jahr 2014 zum ersten Mal seit Beginn der Finanzkrise wieder gestiegen ist und zwar auf einen Wert von 69,2 %. Damit ist der Stand von 2008 zwar noch nicht wieder erreicht, im Vergleich zu 2013 ist die Zahl der Erwerbstätigen jedoch in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten gestiegen, interessanterweise am stärksten in Ungarn und Portugal dann aber auch in Kroatien.

Vier Mitgliedsstaaten haben, was die Beschäftigungsquote angeht, die Ziele der EU-Kommission für 2020 bereits heute erreicht oder überschritten, dazu gehören Deutschland mit 77 % und - was manche überraschen mag- auch Kroatien mit 59 %. Auch die Erwerbslosenquote ging im Vergleich zu 2013 in beiden Ländern ein wenig zurück.

Viel wichtiger erscheint mit Blick auf die Zukunft jedoch die Frage, wie groß der Anteil der Jugendlichen ist, die nicht in einer Weiterbildung, in einem Studium oder in Arbeit sind. Da ist der Anteil der 15 bis 24-jährigen in Deutschland im Jahr 2014 gegenüber 2013 insgesamt um 0,1% zurückgegangen, dies aber mit einer Bandbreite in den verschiedenen Regionen (Bundesländern) von einer Steigerung von 3,2 % bis zu einer Abnahme um -2,1 %. Auch für Kroatien weisen die Zahlen bei einer viel höheren Arbeitslosenquote einen Rückgang des Anteils der jugendlichen Arbeitslosen um immerhin 4,5 % im Vergleich zu 2013 aus.

Die Bildungsziele der Europäischen Union für 2020

Die Europäische Union hat im Rahmen ihrer Zehn-Jahres-Strategie im Jahr 2010 damit begonnen, vor allem durch zwei Maßnahmen die Bedingungen für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu schaffen, um die Beschäftigungsfähigkeit der Schulabsolventen für den Arbeitsmarkt zu steigern: auf der einen Seite durch eine Steigerung des Anteils der Menschen mit einem tertiären Bildungsabschluss, also einem Hochschulabschluss, andererseits durch die Verringerung der Quote der 18- bis 24-jährigen die vorzeitig ihre Ausbildung verlassen.

Das Ziel der EU für das Jahr 2020 ist, dass 40% eines Altersjahrgangs einen tertiären Hochschulabschluss erreichen sollten. Im Jahre 2014 lag diese Quote in der EU insgesamt bei 37,9 %; in Kroatien bei 32,2 % und in Deutschland bei 31,4 %, was darauf hindeutet, dass es noch einiges in beiden Ländern zu tun gibt. Bei den frühzeitigen Schulabgängern erreicht Kroatien einen bemerkenswert niedrigen Wert von lediglich 2,7 % der 15- bis 24-Jährigen, die nicht auf einer weiter führenden Schule, in der Berufsausbildung oder in einem Studium sind. In Deutschland liegt dieser Anteil immerhin bei 9,5%, im Jahre 2008 lag er allerdings noch bei 17 %.

Blickt man auf den aktuellen Stand der Zusammenarbeit zwischen deutschen und kroatischen Hochschulen so überrascht die Tatsache, dass es zwischen 72 deutschen und 15 kroatischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mehr als 100 Kooperationsabkommen gibt, und zwar zwischen deutsche Universitäten (42), Fachhochschulen (27), Kunst- (3) und Musikhochschulen (2) mit 14 Hochschulen in Kroatien wobei in der Mehrzahl auch ein Austausch von Studierenden vorgesehen ist.

Was ist Aufgabe von Bildung und Ausbildung?

Manchmal entsteht in unserer ökonomisierten Welt der Eindruck, dass die Hochschulen lediglich Ausbildung betreiben sollen, sodass die jungen Leute auf ihre spätere Berufstätigkeit vorbereitet werden. Kritiker vertreten dagegen mit Vehemenz die Auffassung, dass es die Aufgabe der Hochschulen sein sollte, vor allem Bildung zu vermitteln und nicht nur Ausbildung anzubieten. Es geht also nicht nur um „Training“, sondern um „Education“, wobei Bildung den gesamten Lebenslauf (lebenslanges Lernen) betrifft und mit der frühkindlichen Bildung beginnt.

Bildung ist in Deutschland nach der Verfassung ein Grundrecht und umfasst mehr als die ökonomische Verwertbarkeit von Wissen und Können, denn der Mensch besteht aus mehr als der Suche nach ökonomischem Nutzen.

In den Beschlüssen des Europäischen Rates sowohl im Jahr 2000 in Lissabon als auch im Jahr 2002 in Barcelona wurde als Ziel der Europäischen Union bis 2020 postuliert, „...making Europe the most competitive and dynamic knowledge based economy in the world, capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion...“.

Es geht der EU also um eine dynamische Entwicklung der Wirtschaft, nachhaltiges Wachstum für mehr und bessere Arbeitsplätze und es geht der EU um einen größeren

sozialen Zusammenhalt. Bei hoher Arbeitslosigkeit ist dieser soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Was bedeutet dies nun für eine Wissensgesellschaft?

Wenn man die Entwicklung der Wissenschaften betrachtet, dann ist festzustellen, dass das Wissen sich enorm rasch ausweitet und dass über die Informations- und Kommunikationstechnologie der Zugang zu Wissen weltweit enorm erleichtert und beschleunigt worden ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass man das gesamte Wissen bei Google und ähnlichen Suchmaschinen nur abfragen sollte. Vielmehr müssen Hochschulen im Studium die wissenschaftlichen Grundlagen und Methoden vermitteln,

- Damit die Informationen, die man im Netz in Sekundenschnelle erhalten kann, eingeordnet werden können,
- damit Informationen und Wissen bewertet werden können, dass Fakten nicht nur erhoben, sondern auch bewertet werden können, dass Theorien in der Wissenschaft gebildet werden, die verifiziert und falsifiziert werden können um damit den Prozess der Wahrheitsfindung weiter zu treiben.
- Dies bedeutet auch, dass man das Wissen in Gesamtzusammenhänge einzuordnen hat, um die alte philosophische Frage zu beantworten, die heute und auch noch in der Zukunft wichtig sein wird: Was ist es wert, gewusst zu sein? Welche Informationen kann man vernachlässigen? Was aber muss man wirklich wissen, um Anderes einordnen zu können.

Dies ist die Aufgabe der Hochschule und die Politik darf die Hochschulen aus dieser Verantwortung nicht entlasten und Hochschulen dürfen diese Aufgabenstellung auch nicht von sich aus aufgeben.

Was sind Erwartungen an Hochschulen und Studiengänge? Was erwartet der Arbeitsmarkt?

Unternehmen erwarten von Hochschulabsolventen, dass sie in der Praxis Probleme lösen können. Die Probleme, die zu lösen sind, orientieren sich üblicherweise nicht an den Grenzen traditioneller Fachdisziplinen in der Wissenschaft, in den Hochschulen und Fakultäten. Es geht darum, den Studierenden Kompetenzen zu vermitteln, es geht um Grundlagenwissen und die Fähigkeit, Probleme zu lösen. Diese Fähigkeiten sollen zu einem berufsqualifizierenden Abschluss -in der Bologna-Erklärung „employability“ genannt- führen.

Über diesen Begriff wurde nicht nur in Deutschland heftig gestritten und dennoch betonen Unternehmensvertreter immer wieder, sie benötigten junge Nachwuchskräfte, die Probleme lösen könnten. Dies sei entscheidend für ein Unternehmen, aber eben auch für jeden Einzelnen. Hochschulabsolventen müssen gleichzeitig weiterbildungsfähig bleiben und sich auch selbst um ihre Weiterbildung kümmern. Unternehmen würden sich daran auch finanziell beteiligen. Unternehmen in Deutschland kümmern sich zunehmend darum, dass sich ihre Mitarbeiter weiterbilden - eine Herausforderung auch für die Hochschulen, der die Hochschulen noch nicht im nötigen Umfang nachkommen.

Was bedeutet dies nun für die Entwicklung des Curriculums im Erststudium wie auch in der Weiterbildung, wenn man solche Erwartungen an die Hochschulen richtet?

Viele Hochschulen in Deutschland entwickeln ihr Curriculum bereits in Kooperation mit künftigen Arbeitgebern. Sie fragen auch ihre Absolventen (Alumni), wie sinnvoll das Studium war und was an welcher Stelle eventuell geändert werden sollte. Dies bedeutet, dass die Studienangebote sowohl im Erststudium und erst recht in der Weiterbildung heute immer stärker „nachfrageorientiert“ werden.

Einem enormen Aufschwung haben in Deutschland „Duale Studiengänge“ erlebt, also eine Kombination aus Berufsausbildung in einem Unternehmen auf der einen Seite und Studium an der Hochschule auf der anderen Seite. Dieses Modell wurde unter der Bezeichnung „Berufsakademie“ in Baden-Württemberg eingeführt und heute als sog. „Duale Hochschule“ in Baden-Württemberg verstetigt und in Sachsen, Thüringen und in anderen Bundesländern übernommen.

In den letzten Jahren ist nun zu beobachten, dass eine zunehmende Zahl von Studierenden insbesondere auch an Fachhochschulen diesem „Dualen Studium“ den Vorzug geben.

Warum?

Die Studierenden sind regelmäßig in Unternehmen tätig und die Übernahmequote solcher Absolventen in die Unternehmen liegt deutlich über 90 %. Das ist zugleich die beste Garantie für den Wissenstransfer aus der Hochschule in die Unternehmen bzw. die Wirtschaft. Der Wettbewerb um Studienplätze an Dualen Hochschulen ist in Deutschland genauso intensiv wie in der Medizin: für jeden Studienplatz gibt es mehr als zehn Bewerber.

Was bedeutet dies für die Hochschulen?

Wenn rund die Hälfte eines Altersjahrgangs heute in Kroatien und Deutschland ein Hochschulstudium aufnehmen und ein Drittel eines Altersjahrgangs es auch abschließen, dann bedeutet das für die Hochschulen, dass sie ihre Studienangebote differenzieren müssen. Die Hälfte eines Altersjahrgangs erwartet von den Hochschulen etwas anderes, als vor 30 oder 40 Jahren 3 bis 5 % oder 10 % eines Altersjahrgangs. Mehr als 80 % der Studierenden auch an Universitäten erwarten von der Hochschule eine hochqualifizierte Berufsausbildung – das wissen wir aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen. Diese Studierenden sind nicht daran interessiert, in die Wissenschaft zu gehen bzw. ihre berufliche Zukunft im Bereich der Wissenschaft zu realisieren. Darauf müssen Hochschulen in ihren Curricula reagieren und sie entsprechend differenzieren. Gleichzeitig müssen sich Hochschulen auch immer bewusst sein, dass sie die künftigen Funktions- und Leistungseliten nicht nur „ausbilden“, sondern auch „bilden“ und verantwortungsfähig und -bewusst machen sollten.

Das Erreichen dieser Ziele wird erleichtert durch den „Bologna-Prozess“ mit seiner Zielsetzung eines einheitlichen „Europäischen Hochschulraums“, verbunden mit einer verbesserten Mobilität von Studenten und Absolventen. Auch in Deutschland hat es heftige Diskussionen und deutliche Unterschiede zwischen den 16 Bundesländern im Tempo der Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse gegeben. Auch hat es deutliche Unterschiede im Tempo zwischen den verschiedenen Hochschularten bei der Einführung gegeben. Erfolgreich begonnen haben die Fachhochschulen und schon bald zogen vor allem die neu gegründeten Universitäten in internationaler Kooperation insbesondere mit anderen

europäischen Universitäten nach. Die traditionellen deutschen Universitäten haben dagegen für diese Umstellung recht lange gebraucht.

Interessant ist, dass dieses Modell eines gemeinsamen „Europäischen Hochschulraums“ inzwischen auch in Amerika diskutiert wird. Auch in Südostasien denkt man auch darüber nach, wie man ähnliche Prozesse in Gang setzen kann, um die Mobilität der Studierenden wie der Absolventen zu erhöhen.

Im Ergebnis erfordert die rasante wissenschaftliche Entwicklung auf allen Gebieten, also auch in allen beruflichen Tätigkeitsfeldern eine regelmäßige berufs- bzw. tätigkeitsbegleitende Weiterbildung, was nicht zuletzt auch für staatliche Administration gilt.

Was heißt für die Hochschulen, für die unterschiedlichen Erwartungen Angebote zu unterbreiten?

Studienangebote müssen fachübergreifend sein, denn diejenigen, die in Unternehmen oder in einer Verwaltung tätig sind, haben Probleme zu lösen, die sich nicht an den Fachdisziplinen orientieren. Das bedeutet, dass Fakultäten mehr zusammenarbeiten müssen. Studienangebote kann man nicht auf einer Fakultätslinie entwickeln, sondern nur auf der Grundlage des Gesamtangebots einer Hochschule.

Eine Hochschule ist in der Weiterbildung nämlich umso attraktiver, je eher sie dazu in der Lage ist, Personen, Institutionen und Unternehmen maßgeschneiderte Angebote zu machen. In Deutschland ist es bemerkenswert zu beobachten, dass in den letzten 5 Jahren nicht nur Großunternehmen, sondern auch mittelständische und kleine Unternehmen hingegangen sind und Geld in die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert haben. Dazu gehören inzwischen auch Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, die den Hochschulen bisher eher distanziert gegenüberstanden.

Was sind die Vorteile für die Hochschulen?

Auf der einen Seite bezahlen Unternehmen für eine solche Kooperation und auf der anderen Seite kommen die ungelösten Probleme der Praxis in die Hochschulen hinein und präsentieren neue Fragenstellungen, insbesondere für die angewandte Forschung und Entwicklung. Die dabei erworbenen Qualifikationen müssen allerdings anerkannt werden, was den Hochschulen sehr schwer fällt. Für sie ist es extrem schwierig, nicht-formale Qualifikationen anzuerkennen. Die deutschen Bundesländer haben sich jedoch bereits vor einer Reihe von Jahren darauf verständigt, dass außerhalb der Hochschule erworbene Qualifikationen bis zur Hälfte auf ein Hochschulstudium angerechnet werden können. Dieses war ein bedeutender politischer Grundsatzbeschluss, wobei die Realität der Umsetzung sich an den Hochschulen sehr viel differenzierter darstellt, um es zurückhaltend zu formulieren.

Hochschulen und Arbeitsmarkt.

Die spannenden wissenschaftlichen, aber auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Unternehmen finden an den Rändern der traditionellen Disziplinen bzw. den Rändern der traditionellen Geschäftsfelder von Unternehmen statt. Dies ist der internationalen Konkurrenz geschuldet und die EU Mitgliedstaaten sind auf diese internationale Wettbewerbsfähigkeit angewiesen, weil sie im Vergleich zu den anderen großen Ländern

dieser Erde für sich genommen zu klein sind, um mithalten zu können. Das bedeutet auch, dass wir in unseren Hochschulen die Kooperation über Fächergruppen und Fächergrenzen sowie über Fakultäten hinweg, d. h. die Einheit der Hochschule brauchen.

In einigen kroatischen Universitäten verfügen die Fakultäten jedoch sogar über eine rechtliche Unabhängigkeit, die wir in Deutschland so nicht kennen. Dies wird die notwendige Kooperation über Fächergrenzen hinweg nicht erleichtern, weshalb aus der Erfahrung der fachübergreifenden Zusammenarbeit in deutschen Universitäten zu empfehlen wäre, darüber nachzudenken, ob man nicht auch rechtliche Wege findet, um die Universitäten als Institutionen schlagkräftiger zu machen. Damit könnte man nämlich auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vorantreiben.

Diese Zusammenarbeit ist und bleibt nämlich die Aufgabe und Verantwortung der gesamten Institution Hochschule und nicht nur die Aufgabe von Untereinheiten, die schon allein im Bereich der Weiterbildung dies nicht leisten können. Mittelständische Unternehmen, die keine eigenen Forschungseinrichtungen haben, Forschung und Entwicklung jedoch dringend benötigen, wenden sich nicht an mehrere Hochschuleinrichtungen gleichzeitig, um dort Kooperationspartner zu finden: Sie suchen stattdessen einen einzigen Ansprechpartner, der ihnen dann alle diejenigen universitären Einrichtungen vermittelt, welche ihnen bei der Lösung ihrer Probleme helfen können.

Das bedeutet für die Hochschulentwicklungsplanung, dass man diese auf der Ebene der Institution Hochschule betreiben muss, was sehr schwierig sein kann. Wenn man Hochschulplanung herunterbricht auf die Ebene von Fakultäten, dann erscheint es selbst für ein Land wie Kroatien nicht realistisch, vernünftige Entwicklungsplanungen zwischen Fakultäten, Ministerium, Regierung und Parlament zu verhandeln. Dies geht nur auf der Ebene der Institution Hochschule, die damit auch ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit bewahren kann.

Das Prinzip „Divide et Impera“ bekommt den Hochschulen nicht. Was man dagegen braucht, ist eine solide, verlässliche Finanzierung aus dem Staatshaushalt, durchaus auch mit entsprechenden Leistungsanreizen. Diese Anreize dürfen allerdings nicht zu hoch angesetzt werden, weil dies zu Fehlsteuerungen in den Institutionen führen kann.

Verantwortung der Politik

Politik muss für die Hochschulentwicklung allgemeine Ziele definieren, und zwar was die Aufgaben der Hochschulen, ihre Differenzierung, ihre Schwerpunkte und ihre Vernetzung angeht. Ein Land wie Niedersachsen ist - ähnlich wie Kroatien - nicht finanzstark genug, um den gesamten wissenschaftlichen Kosmos abzubilden, sondern muss sich auch in den Hochschulen darauf konzentrieren, in der Forschung Schwerpunkte zu bilden, die in Teilen international konkurrenzfähig sind. Notwendig ist eine Hochschulentwicklungsplanung im Dialog zwischen Politik und Hochschulen. Mit einer Abstimmung auf der Ebene der Fakultäten ist ein Ministerium überfordert und ein Parlament erst recht.

Politik muss Hochschulen als Orte kritischer Reflexion, die Neues suchen, achten. Hochschulen, in denen nichts geschieht, werden auch nichts Neues in der Wissenschaft hervorbringen - insofern sollten Hochschulen immer „unruhig“ sein. Dass mag anstrengend

und unbequem sein, aber nur wenn Hochschulen offen sind für Neues, können sie auch Zukunft gestalten. Das muss Politik achten und beachten und das muss Politik auch manchmal ertragen, wenn es zwischen Hochschulen und Politik manchmal „robust“ zugeht.

Politik sollte einen verlässlichen rechtlichen und finanziellen Rahmen schaffen. Wissenschaft ist auf Verlässlichkeit angewiesen. Denn wenn sie heute einen neuen Studiengang beginnen, haben sie die ersten Absolventen in etwa drei bis vier Jahren, wenn sie Masterabsolventen ausbilden, brauchen sie fünf bis sieben Jahre dazu. Das ist der Grund, weshalb Hochschulen Verlässlichkeit brauchen.

Politik muss für Wissenschaft werben. Wissenschaft ist die Basis für die Ausbildung eines zunehmenden Anteils der jungen Generation, die eine wissensbasierte Gesellschaft in Zukunft tragen wird. Werbung für Wissenschaft und Hochschule ist deshalb auch Werbung für die Zukunftschancen der jungen Generation und damit die Zukunftschancen der gesamten Gesellschaft.

18900 Zeichen